



kantonale behindertenkonferenz bern

Christa Schwab Sandrainstrasse 76, 3007 Bern

per Mail an
die Fraktionspräsidentinnen und Fraktionspräsidenten
des Kantons Bern

Bern, 9. November 2020

Empfehlungen zur Wintersession 2020 Volksschulgesetz, Spitex-Motion, Gesundheitsstrategie

Sehr geehrte Fraktionspräsidentinnen, sehr geehrte Fraktionspräsidenten

Die kbk unterstützt die Haltung der Bildungskommission, die **Sonderpädagogik (inkl. pädagogisch-therapeutische Massnahmen und die heilpädagogische Früherziehung für Kinder im Vorschulbereich) unter dem Dach der Bildungs- und Kulturdirektion zusammenzuführen**. Für Eltern von Kindern mit Behinderungen ist es einfacher, in Bildungsfragen von Geburt bis zum Ende der Schulzeit dieselbe Direktion als Ansprechstelle zu haben. So ist die Verantwortung klar und eindeutig geregelt; Schnittstellen und Übergänge fallen weg. Die meisten Kantone regeln dies so.

Die kbk **unterstützt die Motion «Hohe Qualität der spitalexternen Leistungen im ganzen Kanton Bern!»**. Menschen mit Behinderungen und Menschen mit psychischen Erkrankungen sind darauf angewiesen, dass sie **spezialisierte Pflegeleistungen zu Hause in Anspruch nehmen können**, die sie in ihrer **Autonomie unterstützen**.

Mit den geplanten Kürzungen werden sowohl die freischaffenden wie auch die Pflegefachpersonen der Spitex die Spezialleistungen nicht mehr gewährleisten können. Es ist damit zu rechnen, dass zunehmend Hilfskräfte die Leistungen erbringen. Das bedeutet, dass bspw. komplexe Wunderversorgungen von Menschen mit Behinderungen nicht mehr ambulant durchgeführt werden können oder dass bei Menschen mit psychischen Erkrankungen die notwendige Beziehungskontinuität und das Fach- und Erfahrungswissen in Krisensituationen fehlen. Dies führt zu unnötigen und teureren stationären Behandlungen. **Der Grundsatz ambulant vor stationär wird untergraben.**

Die kbk fordert, dass der **Bedeutung der psychischen Krankheiten¹** bei der Erarbeitung der Teilstrategien **«Gesundheitsstrategie des Kantons Bern 2020-2030»** entsprechend Rechnung getragen wird. Es bedarf einer Strategie, um den Herausforderungen im Bereich psychische Gesundheit zu begegnen und die Entstigmatisierung voranzutreiben. Stigmatisierung führt zu unnötigem Leid bei den Betroffenen und deren Angehörigen, zu unnötigen schwierigen Krankheitsverläufen und damit verbunden zu hohen Kosten. **Psychische Gesundheit ist ein Querschnittsthema** und muss in eigener Teilstrategie oder konsequent bei der Erarbeitung aller Teilstrategien in der notwendigen Tiefe behandelt werden. Wir beantragen, dies in einer Planungserklärung festzuhalten.

Besten Dank für die Berücksichtigung unserer Anliegen. Für Fragen steht Ihnen Christa Schwab, Verantwortliche Bernisches Aktionsbündnis Psychische Gesundheit² (christa.schwab@kbk.ch / 031 371 68 67) gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Mario Renz
Präsident



Yvonne Brüttsch
Geschäftsleiterin

¹Zahlen und Fakten:

- 20 Milliarden Franken kosten psychische Krankheiten pro Jahr (BAG: erstmalige Berechnung der direkten und indirekten Kosten der wichtigsten nichtübertragbaren Krankheiten, Bulletin 36/14)
- Fast 50% aller IV-Renten aufgrund von psychischen Erkrankungen (IV-Statistik 2016)
- Über 1000 Suizide (Psychische Gesundheit Schweiz, Monitoring 2016, Obsan)
- Über 1 Million Menschen nehmen Medikamente auf Grund von psychischen Erkrankungen (Arzneimittelreport für die Schweiz, Helsana, Universitätsspital Basel, Institut für Pharmazeutische Medizin der Universität Basel (2015))
- Jede/r neunte Patient/-in fürsorgerisch untergebracht (Psychische Gesundheit Schweiz, Monitoring 2016, Obsan)

²Das Bernische Aktionsbündnis Psychische Gesundheit der kbk vernetzt Betroffene, Angehörige und Fachpersonen mit dem Ziel, die Politik für die Bedeutung der psychischen Gesundheit zu sensibilisieren und deren Unterstützung für die Weiterentwicklung der Psychiatrieversorgung zu gewinnen. Das Netzwerk des Aktionsbündnisses besteht aus rund 30 Organisationen und Institutionen aus Fach- und Selbsthilfe

Die Kantonale Behindertenkonferenz Bern kbk ist die Dachorganisation von rund 40 Organisationen aus Selbsthilfe, Beratung und Fachhilfe. Unser Ziel ist es, dass Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen ein selbstbestimmtes und gleichberechtigtes Leben in einer inklusiven Gesellschaft führen können. Als Leitlinie dienen uns dabei das Behindertengleichstellungsgesetz und die UNO-Behindertenrechtskonvention.